

# Der russische Blick auf den US-Präsidentschaftswahlkampf

Diskursive Arbeitsteilung und innenpolitische Instrumentalisierung

Sabine Fischer

**Hillary Clinton und Donald Trump stehen sich in einem beispiellos polarisierten Präsidentschaftswahlkampf gegenüber. Nach wie vor sind die USA ein Hauptreferenzpunkt im russischen Identitätsdiskurs und mit äußerst negativen Konnotationen besetzt. Die in Russland geführte Debatte über den amerikanischen Präsidentschaftswahlkampf gibt wichtige Einblicke in die russische Selbst- und Weltbeschreibung. Sie wird instrumentalisiert, um den anti-westlichen Konsens in der russischen Gesellschaft zu festigen. Über die Zukunft der russisch-amerikanischen Beziehungen sagt sie dagegen wenig aus.**

Im März 2009 überreichte die neue US-Außenministerin Hillary Clinton ihrem Amtskollegen Sergej Lawrow einen roten Knopf, der den »reset« symbolisieren sollte, den positiven Neustart im strapazierten Verhältnis zwischen den beiden Mächten. Lawrow ließ Clinton damals milde lächelnd wissen, auf dem Knopf stehe nicht das russische Wort für Neustart (*perezagruzka*), sondern jenes für Überlastung (*peregruzka*). Knapp acht Jahre später scheinen die Begriffe Überlastung und Kollaps den Beziehungsstatus weit treffender zu beschreiben: Auf die partielle Annäherung der Jahre 2008 bis 2011 folgte eine Phase zunehmender Spannungen, die ihren Höhepunkt 2014 in der Krise um die Ukraine erreichte. Wegen der Annexion der Krim und Moskaus Rolle im Krieg in der Ostukraine verhängten die USA wie die EU politische und Wirt-

schaftssanktionen gegen Russland. Das Verhältnis zwischen den beiden Präsidenten ist überaus frostig. Wie sich jüngst auch in der rhetorischen Eskalation über Syrien zeigte, bleiben die Hürden für eine Verbesserung der Beziehungen kaum überwindbar. Die Gegnerschaft mit den USA steigert in Russland das Gefühl, international bedeutsam zu sein. Vor diesem Hintergrund findet der US-Präsidentschaftswahlkampf ein breites Echo in Russlands Politik und Medien.

## Krise des amerikanischen Systems

Russische Beobachter/innen sehen den US-Wahlkampf als Zeichen für die Krise des amerikanischen Systems. Verlauf und Umgang der Kandidaten/innen miteinander deuten demnach auf die Schwächung der politischen Institutionen und die Degene-

ration der Demokratie in den USA hin. Weitere Indizien seien etwa Rassenunruhen oder die Polarisierung der politischen Elite, der Medien und der Gesellschaft. Nicht nur Politiker/innen und Medien im konservativen Mainstream stellen eine solche Diagnose, sondern auch liberale Kommentatoren/innen – dies jedoch mit Sorge. In ihren Augen ist der internationale Vorbildcharakter der amerikanischen Demokratie bedroht. Deren Diskreditierung bedeutet auch für Russlands politische Zukunft nichts Gutes. Aus konservativer Perspektive ist dieser Vorbildcharakter seit langem zweifelhaft. Die Offenbarung von Demokratiedefiziten in den USA dient ihnen als Bestätigung, dass Russland sich am westlichen demokratischen Modell endgültig nicht mehr orientieren dürfe, ja, sich vor ihm schützen müsse.

Ein weiteres Leitmotiv in der Debatte ist die Kluft zwischen dem amerikanischen Volk und dem »Establishment«. Das »Establishment« habe sich der Mehrheit der Bevölkerung zum einen dadurch entfremdet, dass es Reichtum und politische Macht im Land unter sich aufteile und vom Rest der Gesellschaft abschirme. Zum anderen lebten »Establishment« und Bevölkerung nicht mehr in der gleichen Welt. Vielmehr bewege sich die Elite in einer globalisierten Sphäre und habe mehr Tuchfühlung zu anderen (westlichen) Eliten als mit der eigenen Gesellschaft. Diese Entfremdung sei Ursache für eine tiefe Repräsentations- und Legitimationskrise nicht nur in den USA, sondern generell im Westen.

### **Clinton: Personifizierung des »Establishments«**

Hillary Clinton steht in dieser Lesart mit ihrer Biographie und ihren familiären, politischen und wirtschaftlichen Bindungen für das amerikanische »Establishment«. Sie gehört einer Elite an, die durch Verbindungen auf nationaler und globaler Ebene Reichtum und politische Macht monopolisiert hat und bereit ist, diese notfalls auch mit Waffengewalt zu verteidigen. Clinton wird mit der interventionistischen US-

Außenpolitik assoziiert, die das liberale amerikanische Modell in der Welt zu verbreiten sucht – hier wird vor allem auf ihre Rolle als Außenministerin verwiesen und auf die Intervention in Libyen 2011, die aus russischer Perspektive neben Kosovo 1999 und Irak 2003 einer der Sündenfälle der US-Außenpolitik ist. Aufgrund ihrer kritischen Äußerungen zur russischen Innen- und Außenpolitik und über Wladimir Putin persönlich gilt sie als ausgesprochen anti-russisch. Auch der Konflikt um die Ukraine spielt in der medialen Repräsentation Clintons in Russland eine wichtige Rolle. Zwar war sie zu Zeiten des Euromaidans nicht mehr Außenministerin. Viele Beobachter nehmen jedoch an, dass sie die amerikanische Politik in der Ukraine fortsetzen und die »Junta« in Kiew unterstützen werde. In diesem Kontext wird regelmäßig auf »Investitionen« des demokratischen »Establishments« in der Ukraine verwiesen, die verloren gingen, sollte die Poroschenko-Regierung von einer russlandfreundlicheren politischen Führung abgelöst werden. Spätestens seitdem ukrainische und westliche Medien über korrupte Verbindungen des ehemaligen Wahlkampfmanagers von Donald Trump zum Umfeld des ehemaligen ukrainischen Präsidenten Wiktor Janukowytch berichten, wird auch ein direkter Zusammenhang zwischen der demokratischen Wahlkampagne und anti-russischen Umtrieben der ukrainischen Regierung hergestellt.

### **Trump: Spiegelbild Putins**

Das Bild Donald Trumps im russischen Diskurs ist jenem Hillary Clintons diametral entgegengesetzt. Kommentatoren/innen verweisen auf charakterliche und weltanschauliche, ja sogar äußerliche Ähnlichkeiten zwischen Trump und Putin. Auch der Vergleich mit Silvio Berlusconi wird häufig gezogen, mit dem Putin eine enge politische und persönliche Freundschaft verbindet. Zur Untermauerung der These, dass Putins Zugang zu Donald Trump besser sein könnte als zu dem intellektuellen »Harvardianer« Barack Obama, wird auch das persönliche

Umfeld des Kandidaten herangezogen. So komme seine Frau aus Slowenien, das Putin freundlich gesinnt sei. Der belarussische Großvater von Trumps Schwiegersohn habe im Großen Vaterländischen Krieg Widerstand gegen die deutschen Besatzungstruppen geleistet usw.

Von Trump wird erwartet, dass er als Präsident seinem russischen Amtskollegen mit dem Respekt begegnen werde, an dem es in der Russlandpolitik der USA seit langem fehle. Wichtiger ist jedoch Trumps Image als Anti-Establishment-Kandidat. Der russische Diskurs zieht eine klare Trennlinie zwischen ihm und der etablierten amerikanischen Elite. Dadurch ergibt sich ein direkter Bezug zu Wladimir Putin: Beide sind Gegner des amerikanischen »Establishments«. Putin, folgt aus diesem Gedankengang, sei zwar gegen die amerikanische Elite, nicht aber gegen das amerikanische Volk, das Donald Trump viel eher repräsentiere als Hillary Clinton.

Beide Männer zeigen einen ausgeprägten Konservatismus in gesellschaftspolitischen Fragen. Vorwürfe, Trump sei sexistisch und fremdenfeindlich, werden in den russischen Medien heruntergespielt. Gleichzeitig gelten weder Fremdenfeindlichkeit noch Sexismus im russischen Diskurs zwangsläufig als negativ. Schließlich werden Trumps außenpolitische Aussagen in einem wenn nicht russlandfreundlichen, so doch für Russland günstigen Sinne gedeutet. Dies gilt besonders für die Ankündigungen des republikanischen Kandidaten, die Außenpolitik der USA auf eine neue Basis stellen und internationales Engagement stark reduzieren zu wollen. Diese Ankündigungen werden in Russland aus drei Gründen freudig begrüßt. Erstens weil sich Trump, wie analog die russische Führung, auf die »wirklichen« nationalen Interessen des eigenen Landes konzentriere. Dies sei eine bessere Grundlage für Verständigung als der global-interventionistische Hegemonialanspruch früherer Administrationen, deren Ziel gegenüber Russland wie anderen Staaten in letzter Konsequenz ein Regimewechsel und die Installation von Regierungen

gewesen sei, die Washington kontrolliere. Zweitens wird betont, wie »unabhängig« Trump von internationalen Bindungen und Verpflichtungen sei. Dies entspricht dem russischen Verständnis von Souveränität: Auch die Führung im Kreml hat in den vergangenen Jahren zusehends darauf gesetzt, Russland zu einem in diesem Sinne unabhängigen – souveränen – internationalen Akteur zu machen. Schließlich erhoffen sich viele Beobachter/innen in Russland, dass sich die USA unter einem Präsidenten Donald Trump aus Europa zurückziehen und damit einerseits pro-russische europäische Akteure gestärkt sowie andererseits die Nato deutlich geschwächt werden.

### **Diskursive Arbeitsteilung**

Wladimir Putin sorgte im Dezember 2015 mit einer positiven Äußerung über Donald Trump international für heftige Reaktionen. Er bezeichnete Trump als talentierten Politiker und klaren Spitzenreiter im Präsidentschaftswahlkampf. Putin weiter: »Er sagt, dass er die Beziehungen mit Russland auf ein anderes Niveau heben, sie intensivieren und vertiefen will. [...] Natürlich begrüßen wir das.« Nach dieser Äußerung hielt sich der Kreml weitgehend zurück und verwies darauf, dass Russland mit jeder/m kooperativ gesinnten US-Präsidentin/en zusammenarbeiten werde. Insofern sei nicht ausschlaggebend, ob Clinton oder Trump, sondern dass der/die für das Land bessere Kandidat/in die Wahl für sich entscheide. Die russische Führung mische sich nicht in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten ein, auch nicht in die der USA. Dies war auch die offizielle Haltung zu den Berichten über Hackerangriffe auf die Demokratische Partei und ihre Kandidatin im Sommer 2016. In einem ausführlichen Interview mit der Nachrichtenagentur Bloomberg erklärte Russlands Präsident im September 2016, beide Kandidaten/innen gäben »nicht das beste Beispiel« für einen demokratischen Wahlkampf ab. Darüber hinaus sei nicht wichtig, wer die internen Informationen der Demokratischen Partei geleakt

habe, sondern *dass* sie dem amerikanischen Volk nun zugänglich seien.

Andere politische Akteure sowie die staatlich kontrollierten Medien legen sich weniger Zurückhaltung auf. Politiker der in der Duma vertretenen Parteien – der Partei der Macht (*Jedinaja Rossija*) und der sogenannten systemischen Opposition – machen in Stellungnahmen und öffentlichen Auftritten keinen Hehl aus ihrer Sympathie für Trump und ihrer Ablehnung Clintons. Letztere wird meist herablassend nur bei ihrem Vornamen genannt. In den Monaten vor den Dumawahlen am 18. September 2016 dominierte der amerikanische Präsidentschaftswahlkampf in den staatlich kontrollierten Medien fast alle anderen Themen. Dies hatte mit den Berichten über Hackerangriffe und andere russische Versuche zu tun, auf die Wahlen in den USA Einfluss zu nehmen. Sie lösten scharfe Gegenwehr aus, fanden aber auch Wohlgefallen, da Russland dadurch viel Aufmerksamkeit erfuhr. Die polemische Auseinandersetzung mit der Politik der USA diente außerdem dazu, schwierigere Themen in den Hintergrund zu drängen und den anti-westlichen Konsens in der russischen Gesellschaft weiter zu konsolidieren.

Wesentlich differenzierter stellt sich der Diskurs auf Ebene der Experten/innen dar. Hier wird auf die Einschränkungen verwiesen, die das amerikanische politische System dem/der Präsidenten/in auferlegt. »Checks and balances« würden einen Präsidenten Trump daran hindern, die Außenpolitik der USA und die Beziehungen zu Russland grundlegend zu ändern. Wie seine Vorgänger auch werde er im Falle seiner Wahl mit so vielen Herausforderungen konfrontiert, dass das Verhältnis zu Russland keine Priorität haben könne. Schließlich sei das amerikanisch-russische Verhältnis strukturell und systemisch bestenfalls auf Distanz, schlimmstenfalls auf Antagonismus, nicht aber auf Partnerschaft angelegt. Daran werde auch Trump nichts ändern können – und wollen. Experten/innen geben eher der Hoffnung Ausdruck, Donald Trump werde Vertreter/innen des amerika-

nischen Realismus in seinen Beraterstab holen. Amerikanisches außenpolitisches Denken und Handeln würde sich dann umorientieren von der Regimewehelpolitik der letzten Jahrzehnte in Richtung einer realistischen Großmachtspolitik auf globaler Ebene. Hier könnten Russland und die USA sich begegnen, um gemeinsam globale Herausforderungen zu meistern.

Diese Sicht ist auch in der russischen Diplomatie anzutreffen. Zumindest Teile der politischen Führung dürften bei aller Ablehnung Hillary Clintons die Skepsis teilen, dass es unter einem Präsidenten Trump zu einer grundsätzlichen Wende im russisch-amerikanischen Verhältnis kommt.

### **Die Zukunft der russisch-amerikanischen Beziehungen**

Die Arbeitsteilung zwischen dem staatsmännisch auftretenden Präsidenten und populistisch agierenden politischen Akteuren und Medien ist in der Außenpolitik Russlands nicht unbekannt. Die populistische Interpretation des Wahlkampfes in den USA richtet sich vor allem an die russische Gesellschaft. Umfragen verschiedener russischer Meinungsforschungsinstitute aus diesem Jahr zeigen, dass deutlich mehr Respondenten/innen mit Donald Trump sympathisieren als mit Hillary Clinton und eine Verbesserung der bilateralen Beziehungen erwarten, sollte Trump die Wahl für sich entscheiden. Die politische Führung hingegen hält sich beide Optionen offen, wobei ihr Verhältnis zu Hillary Clinton wesentlich stärker belastet ist als das zu Donald Trump. Es ist unwahrscheinlich, dass sich die russischen Hoffnungen erfüllen, sollte Trump die Wahl gewinnen. Angesichts seiner Unberechenbarkeit lässt sich auch eine substanzielle Verschlechterung der Beziehungen nicht ausschließen. Obsiegt Hillary Clinton am 8. November, wird das russisch-amerikanische Verhältnis auch angesichts der Polemik der letzten Monate und des Verdachts russischer Manipulationsversuche im amerikanischen Wahlkampf in jedem Fall noch schwieriger werden.

© Stiftung Wissenschaft und Politik, 2016  
Alle Rechte vorbehalten

Das Aktuell gibt die Auffassung der Autorin wieder

**SWP**  
Stiftung Wissenschaft und Politik  
Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3–4  
10719 Berlin  
Telefon +49 30 880 07-0  
Fax +49 30 880 07-200  
www.swp-berlin.org  
swp@swp-berlin.org

ISSN 1611-6364